



HESSISCHER
LANDTAG



PLENARDEBATTE ZUM GEDENKEN AN DEN 8. MAI 1945

am 30. April 2015 im Hessischen Landtag

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

HEFT 28

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Hubert Müller, Andrea Mitteldorf
Fotos: Fraktionen, Hessischer Landtag
Druck: ColorDruck Solutions GmbH, Gutenbergstraße 4, 69181 Leimen;
DER BLAUE ENGEL, weil aus 100% Altpapier, schützt die Ressourcen.
Gestaltung: Cicero Kommunikation GmbH, Taunusstraße 52,
65183 Wiesbaden
ISBN: 978-3-923150-60-1
© 2015 Hessischer Landtag, Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden

INHALT

Plenardebatte zum Gedenken an den 8. Mai 1945

VORWORT

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags 6

PLENARDEBATTE

Dr. Ulrich Wilken (Die LINKE) 10
Gernot Grumbach (SPD) 14
Heiko Kasseckert (CDU) 20
Florian Rentsch (FDP) 25
Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 29
Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident 34

Anlagen:
Antrag der Fraktion Die LINKE 40
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD 41
Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 43
Weitere Beratungen und Beschlussfassungen 46

VORWORT

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags



Erinnerung an den 70. Jahrestag des Kriegsendes

Zu Beginn der Plenarsitzung des Hessischen Landtags am 30. April 2015 haben sich die hessischen Parlamentarier mit einem besonderen Datum jüngster deutscher Geschichte befasst, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Damals, also am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Deutschland. Es ist dies der Tag, an dem unser Land von der verheerenden Diktatur der Nationalsozialisten befreit worden ist. Es endete ein Krieg, der die ganze Welt umspannte, und der von Deutschland seinen Ausgang nahm. Zugleich erleben wir in diesem Jahr das Gedenken an die Befreiung der Konzentrationslager der Nazis, dieser Menschen verachtenden Vernichtungsmaschinerien, in denen Millionen den Tod fanden, weil sie aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen dem nationalsozialistischem Terrorregime nicht passten. Auch daran ist 70 Jahre nach Kriegsende zu erinnern, wie auch daran, dass mit diesem Kriegsende für viele Vertreibung und Flucht begann. Für einen Teil unseres Landes begannen zudem eine zweite, vierzigjährige Diktatur auf deutschem Boden, deren Ende wir in diesem Jahr zum 25. Mal mit dem Tag der Deutschen Einheit feiern.

Im Rahmen der Plenarsitzung wurde der Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945 auch mit einer Plenardebatte der Fraktionen im Hessischen Landtag begleitet. Diese Debatte wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich machen, weil die Erinnerung, das Gedenken und die Mahnung – nicht nur an den Jahrestag des Kriegsendes, sondern auch an viele andere historische Ereignisse – ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung und politischen Bildung sind.

PLENARDEBATTE

30. April 2015 im Hessischen Landtag



Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend 8. Mai – Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden – Drucksache 19/1854 –

mit Tagesordnungspunkt 38:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend 70 Jahre Kriegsende – Gedenken und Mahnung – Drucksache 19/1862 –

und mit Tagesordnungspunkt 74:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai mahnt zu dauerhafter Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in einem friedlich geeinten Europa – Drucksache 19/1908 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Wir beginnen die Debatte mit Herrn Abgeordneten Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.



Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der 8. Mai ist als Tag des Endes des Zweiten Weltkriegs sowohl antifaschistischer Gedenktag für Demokratie, Humanität und Toleranz als auch Tag der Mahnung vor Krieg als Mittel der Außenpolitik. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“, so lautet der Schwur von Buchenwald. Dieser Schwur ist aktueller denn je. Für uns bedeutet die Erinnerung an den 8. Mai 1945 daher, stets auch dafür einzutreten, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir stellen in großer Sorge fest, dass weder der Schwur von Buchenwald noch die ermahnende Botschaft des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, der sagte, dass Krieg nicht „die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio“ der Politik sei, für große Teile der politisch Verantwortlichen in Deutschland noch Geltung hat. Für diese, ich nenne jetzt einmal die im Bundestag vertretenen Parteien, ist Kriegsführung wieder zur selbstverständlichen Option internationaler Machtpolitik geworden. Damit werden wir uns niemals abfinden. Für uns gilt in Erinnerung an den 8. Mai 1945 weiterhin unmissverständlich: Nein zum Krieg.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 70. Mal. An jenem 8. Mai siegten die Alliierten über den deutschen Faschismus, beendeten millionenfaches Morden, das Leiden und die Verfolgung anders Denkender, anders Glaubender, anders Lebender und anders Liebender. Die Totalität der nationalsozialistischen Rassenpolitik und des Vernichtungskriegs machte damals aus gegensätzlichen ökonomischen und politischen Systemen Verbündete gegen den deutschen Faschismus.

Am 8. Mai 1945 endete der gemeinsame Kampf der Sowjetunion und der westlichen Alliierten gegen eine einzigartige Bedrohung grundlegender Werte des Humanismus und der Menschlichkeit, den Verlust von Liberalität und Demokratie. Als LINKE sind wir dem kommunistischen und dem sozialistischen Widerstand historisch besonders verbunden, in dessen Traditionslinie wir uns verstehen. Aber wir verneigen uns ebenso mit tiefem Respekt vor allen anderen politischen Strömungen des Widerstands gegen das Hitlerregime.

(Beifall bei der LINKEN)

In Hessen ist uns die Erinnerung an die Selbstbefreiung in Buchenwald und an Menschen wie Emil Carlebach und Eugen Kogon sehr lebendig. Schließlich waren sie es, die einen demokratischen Neuanfang in Hessen wesentlich mitgestaltet haben.

Die Opfer der faschistischen, antisemitischen und rassistischen Brutalität in den Jahren der Naziherrschaft sind uns heute noch Verpflichtung, gemeinsam gegen braunen Ungeist, rechte Hetzer, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder gegen die Intoleranz neurechter Pegida-Bewegungen zu handeln und aufzustehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Morde des NSU, die Naziaufmärsche und auch Hakenkreuzschmierereien erinnern uns daran, dass der Schoß, aus dem Nazideutschland, Krieg und Zerstörung erwachsen, noch immer fruchtbar ist. Das Erstarken rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und antimuslimischer Kräfte in Deutschland und in Europa erfüllt uns mit Sorge. Deshalb müssen alle de-

mokratischen und antifaschistischen Kräfte das höchste Gut, Leben in Frieden und Demokratie, energisch verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das gelingt nur, wenn die Gesellschaft zusammensteht, wenn die Politik weitere Projekte gegen rechts unterstützt und verstärkt fördert, in Schulen qualifiziert Zusammenhänge dargestellt werden, Medien sensibel berichten und aufklären und antifaschistisches und zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt und nicht kriminalisiert wird.

Der Tag der Befreiung ist Tag des Gedenkens an die Opfer rassistischer und politischer Verfolgung. Er ist auch der Tag des Gedenkens an den antifaschistischen Widerstand.

Wir erleben gegenwärtig allerdings auch fragwürdige geschichtspolitische Gesten rund um die Jahrestage des Zweiten Weltkriegs. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Bundespräsident Gauck bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Beginns des Zweiten Weltkriegs die Rolle und die Opfer der sowjetischen Bevölkerung nicht würdigt und stattdessen einer gegen Russland gerichteten Militarisierung der Außenpolitik das Wort redet.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Dies nennen wir anlässlich der über 30 Millionen sowjetischen Kriegsoffer Geschichtsverfälschung.

Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 ist für uns immer und stets ein Erinnern an die großen Opfer, die auch die Sowjetunion erbrachte, um Europa vor dem faschistischen Terror zu befreien.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Was heute vergessen oder ignoriert wird, ist die Tatsache, dass ab 1945 diese Opfer den Weg zur Demokratie in Westeuropa ebneten. Es war die Stunde des demokratischen Neubeginns nach dem Scheitern der Weimarer Republik. Vor gerade einmal 30 Jahren sagte Richard von Weizsäcker,

dass der 8. Mai für die Deutschen ein Tag der Befreiung wurde. Würde – das Wort „wurde“ ist wichtig. Denn auch nach 1945 sahen viele Deutsche den 8. Mai als einen Tag der Niederlage.

Ein bundesweiter gesetzlicher Gedenktag, wie wir ihn in unserem Antrag anlässlich des 70. Jahrestags fordern, würde von Weizäckers Diktum in besonderer Weise unterstreichen.

Damit der 8. Mai als Tag der Befreiung von der faschistischen Barbarei, als Gedenktag für Humanität, Toleranz und Demokratie und als Tag der Erinnerung an die Opfer sowie an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in der gesellschaftlichen Erinnerung den Platz bekommt, der ihm gebührt, wollen wir, dass der 8. Mai zu einem bundesweiten gesetzlichen Gedenktag erklärt wird. Schließlich ist er nicht irgendein Tag in der Geschichte Deutschlands. – Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)



Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! 70 Jahre nach Kriegsende heißt Gedenken nicht einfach nur erinnern, sondern Gedenken muss heißen, immer neu nachzudenken. Denn trotz der Tatsache, dass 70 Jahre vergangen sind, ist eine Reihe von Fragen nicht oder nicht vollständig beantwortet. Ich finde es gut, dass morgen in München – nach 70 Jahren wurde es auch Zeit – das NS-Dokumentationszentrum eröffnet wird. Denn wir müssen noch einmal darauf schauen: Was war, warum war das so, und was hätte anders sein können, und was sind die Lehren für heute?

Mir scheint es, dass der Abstand notwendig ist. Es gibt nur ein einziges Land, das versucht hat, seine politische Situation schneller zu bewältigen; das war Südafrika mit den Wahrheitskommissionen. Aber auch die haben – wer den Verlauf der Geschichte dazu verfolgt, weiß das – nicht oder nur teilweise dazu beigetragen, dass das Land befriedet wurde.

Die Debatte kurz nach dem Ereignis scheint immer schwieriger zu sein als mit dem langen Abstand. Es ist kein Zufall, dass die Universitäten, Unternehmen und wer auch immer ihre Vergangenheit jetzt aufarbeiten, nachdem die Generation der Betroffenen jedenfalls nicht mehr im Amt ist.

Ich will Herrn von Weizsäcker ausdrücklich würdigen. Es hat 30 Jahre gedauert, bis ein Bundespräsident sagen konnte, der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung. Wir Sozialdemokraten sind Richard von Weizsäcker sehr dankbar,

sowohl für seinen Mut als auch für die Klarheit. Das hat in der Bundesrepublik Deutschland lange gefehlt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir erinnern uns heute auch an die über 60 Millionen Menschen, die als Zivilisten gestorben, als Soldaten getötet, die als Juden, Sinti und Roma, als politisch Andersdenkende, als Homosexuelle ermordet worden sind. Es sind nicht die Zahlen, die diesen Holocaust so einmalig machen. Es ist die Art der bürokratischen, hoch organisierten Abwicklung des Ganzen, die diesen Albtraum einmalig macht und mit nichts vergleichbar macht. Ich zucke immer zusammen, wenn jemand das Wort „Holocaust“ in anderen Zusammenhängen in den Mund nimmt. Denn es gibt etwas mehr, und mit dem „etwas mehr“ haben wir uns noch nicht zu Ende auseinandergesetzt. Auch da müssen wir noch nachdenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zwölf Jahre, die manchen vorkamen wie 1.000 Jahre, haben Folgen, die bis heute reichen. Es gibt keine Gnade der späten Geburt. Die Kinder und Enkel der Opfer tragen die Erinnerung tief eingegraben in ihren Seelen durch die Zeit. Wer glaubt, einen Schlusstrich ziehen zu können, muss mit dem Enkel oder der Enkelin einer KZ-Insassin oder eines KZ-Insassen reden. Das ist nicht vergessen, es kann nicht vergessen werden.

Das ist aber der große Punkt, weshalb andere Antworten – „Nie wieder Krieg“ ist ein guter Satz – nicht so einfach sind. Was wäre denn gewesen, wenn Amerikaner, Engländer und Franzosen nicht in den Krieg gezogen wären? Ich bin selbst ein Kriegsdienstverweigerer, ich weiß, warum ich das gemacht habe. Aber was heißt das denn?

Wir diskutieren heute unter der Überschrift „Responsibility to Protect“ darüber, ob wir nicht auch Verantwortung haben – Ruanda, Nigeria, und was immer uns zum Thema Völkermord einfällt – und wie wir das hinbekommen. Krieg ist nicht die Ultima Ratio, aber es kann sein, dass bewaffnete Auseinandersetzungen in bestimmten Situationen unvermeidbar sind. Das ist für

jemanden, der sie nicht will, eine der bittersten Erkenntnisse der letzten 70 Jahre.

Wer glaubt, dass der Zweite Weltkrieg emotional wenig Wirkung auf die Außenpolitik habe, muss auch sehr genau aufpassen. Ich rate jedem, einmal nach St. Petersburg zu fahren. Dort gibt es einen Friedhof, auf dem fast 700.000 Menschen begraben sind. Dort gibt es nur zwei Sorten von Grabsteinen: Auf dem einen steht 1941, und auf dem zweiten steht 1942. Das sind die Opfer der deutschen Belagerung. Jede Familie in Leningrad hat mindestens zwei Mitglieder auf diesem Friedhof begraben.

Wer das sieht, weiß, selbst wenn er sich selbst für alles Mögliche hält, dass es in der russischen Bevölkerung eine tief sitzende Angst vor Deutschen gibt. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil macht das Leben kompliziert und ist nicht so einfach, wie Sie sagen, Herr Wilken. Zu dem Problem gehört auch, dass wir nicht zulassen können, dass Menschen, statt Verträge zu schließen und über sie zu verhandeln, mit Söldnertruppen, entsandten Soldaten und Ähnlichem versuchen, politische Begebenheiten zu verändern.

Das ist genauso brandgefährlich, und wir stehen vor dem harten Problem, dass wir auf der einen Seite sehr klar schauen müssen, was wir mit den Drohgebärden anrichten, die ich – mit Verlaub – für grundsätzlich falsch halte. Manöver sind als politische Aktion im 21. Jahrhundert völlig verfehlt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wer will, dass Verträge statt Kriege herrschen, muss dafür sorgen, dass Verträge nicht unterlaufen werden – und die OSZE ist sozusagen ein Instrument, mit dem so etwas geregelt werden muss. Auch das ist eine Lehre aus dem Krieg, bei der ich nicht ganz sicher bin, ob es eine einfache Antwort gibt.

Ich habe zur zweiten fragenden Generation gehört, und die Fragen sind noch nicht vorbei: Warum ging das so? Was war? – Es gibt viele Ursachenerklärungen, und viele Leute legen sich übrigens immer auf eine Ursachenerklärung fest. Ich zähle einmal einige auf. Erstens: Marburger Schule, ökonomische

Gründe, Fortsetzung des Kapitalismus und Imperialismus. Zweitens. Autoritäre Persönlichkeit, Reich, Fromm, Adorno. Drittens. Obrigkeitsstaat in Deutschland. Viertens. Götz Aly, Kriegs- und Verteilungswirtschaft, die sozusagen die deutsche Bevölkerung mit bestochen hat – eine sehr heiß umstrittene Debatte.

Ich glaube in der Tat, dass wir noch immer nicht alle Antworten haben. Aber wir können ein paar Lehren daraus ziehen. Aus der ökonomischen Debatte können wir die Lehre ziehen, höllisch aufzupassen, dass uns der nationale ökonomische Blick nicht die Sicht darauf versperrt, welche Folgen es für andere hat – völlig unabhängig davon, dass ich nichts mit heute und früher vergleichen will. Hinsichtlich der autoritären Persönlichkeit können wir darüber reden, wie wir eigentlich mit Kindern, mit Menschen umgehen, damit wir sie zu Menschen machen, die selbstbestimmt im Leben stehen und eben nicht in bestimmte Strukturen einbindbar sind. Aus der Frage nach dem Obrigkeitsstaat in Deutschland haben die Väter unserer Verfassung Konsequenzen gezogen – bei der hessischen über die Widerstandspflicht, bei der bundesdeutschen über Art. 20 mit Widerstandsrecht. Ich warne allerdings davor es bei jedem kleinen Anlass hochzuhalten – was viele Leute tun. Das ist ein sehr grundlegender Punkt. Und was die meisten schon vergessen haben: Der Artikel 20 des Grundgesetzes gehört nicht zum Grundbestand, sondern er ist erst 1968 im Rahmen der Notstandsgesetze eingeführt worden, weil den Sozialdemokraten, die dort mitdiskutiert haben, klar war, dass, wenn sie dem Staat so weitgehende Rechte wie die Notstandsgesetze geben, es zumindest auch im Text eine Sicherung geben, aus der klar wird, dass nicht alles möglich ist, was der Staat machen kann – ein Spannungsverhältnis, das auch in Deutschland immer wieder neu ausjustiert werden muss. Ich glaube, wir haben da eine ganze Menge zu tun.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Der nächste Punkt betrifft die Frage, wie wir mit den Lebenslügen umgehen. Ich sage einmal eine. Sozialdemokraten, Bürgerliche, wer auch immer, sagen: Von uns war keiner dabei. Das waren diese kleinbürgerlich-proletarischen Horden von SA und SS. – Wer sich morgen nach München begeben will und eines der großen Bilder in der Eröffnung des Dokumentationszentrums ansieht, wird das Hofbräuhaus in München voll von bürgerlichen,

ordentlich angezogenen Menschen sehen, die den Rednern der NSDAP jubeln. Tatsächlich ist es so, dass es natürlich auch Sozialdemokraten gab, die dieser Debatte auf den Leim gegangen sind. Angesichts der Tatsache, dass auf der anderen Seite die gleiche Gruppe viele Opfer und viele Kämpfer gestellt hat, sollten wir nicht so tun, als gäbe es da nicht ein Problem, über das wir nachdenken könnten. Darüber muss man reden können.

Andersherum ist es auch nicht so, dass der Widerstand nur aus dem 20. Juli bestand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin stolz darauf, dass Hessen mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille einen von denjenigen ehrt, der sein persönliches Netzwerk, das mit dem bürgerlichen Bereich gar nichts zu tun hatte, trotz Kooperation mit dem 20. Juli schützen konnte und der mit vielen Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen längst versucht hat, Widerstand in einer Situation zu leisten, in der andere es für schwierig hielten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss zum Schluss kommen, daher noch zwei kurze Randbemerkungen. Die erste Randbemerkung ist: Eine der Folgen des Krieges war Vertreibung. Angesichts der Flüchtlingsdebatte sollten wir heute einmal darüber reden, wie Hessen es geschafft hat, eine Million Menschen, die innerhalb von drei Jahren hierhergekommen sind, so zu integrieren, wie wir sie heute integriert haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wohl wahr!)

Das ist ein spannender Punkt, und es war in einem Land in Trümmern möglich. Ich glaube, das sollte den einen oder anderen nachdenklich stimmen.

(Allgemeiner Beifall)

Der zweite Punkt. Ich bin immer zögerlich bei der Frage: Widerstand, ja oder nein? – Es gab viele aufrechte Menschen, aber ich zucke mehr bei denen zusammen, die sagen: Wir haben von nichts gewusst. – Das ist der schlimmere Teil. Aber ich verlange auch keinen Mut vom normalen Bürger. Sie alle kennen die Geschichte von Brecht über Herrn K. und den Agenten, der fragt: „Wirst du mir dienen?“, und er antwortet erst, nachdem dieser tot ist, mit: „Nein“, weil er sozusagen mehr Mut nicht aufbringen kann. Auch das ist ein Punkt. Wer glaubt, dass eine Gesellschaft immer auf den Mut angewiesen ist, muss auf sich selbst schauen.

Alles in allem haben wir aufgrund dieser Ereignisse die besondere Verantwortung, für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, aber auch für Menschen mit aufrechtem Gang zu streiten. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)



Heiko Kasseckert (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war der 8. Mai 1945, ein Dienstag, an dem eines der unbeschreiblichen Grauen des 20. Jahrhunderts sein Ende nahm: Nach fünf Jahren, acht Monaten und sieben Tagen endete der Zweite Weltkrieg mit der deutschen Kapitulation.

Das tausendjährige Nazireich versank in einem Meer aus Blut und Tränen, und niemand vermochte wahrscheinlich in diesem Moment, an diesem Tag daran zu glauben, dass es der Anfang eines langen Friedens in Europa sein würde. Als am 8. Mai die Waffen endlich schwiegen, waren aber mehr als 65 Millionen Menschen tot – gefallen an den Fronten des Krieges, ermordet in Konzentrations- und Vernichtungslagern, verbrannt in Bombennächten der Luftstreitkräfte, gestorben an Hunger, Kälte und Gewalt bei der Flucht und Vertreibung.

Über 65 Millionen Menschen starben in einem von Deutschland begonnenen Krieg. Mehr als sechs Millionen europäische Juden wurden im deutschen Namen ermordet, Tausende Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, politisch Andersdenkende und Homosexuelle wurden verfolgt und getötet. Hinzu kamen 17 Millionen Menschen, die verschollen waren, sowie Millionen Kriegsgefangene, die gefoltert wurden, gelitten haben und vielfach nicht mehr in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Viele weitere Millionen Menschen, Zivilisten, haben unendliches Leid erfahren, Angehörige und ihre Heimat verloren. Sie irrten in diesen Tagen des 8.

Mai 1945 umher, in zerbombten Städten, auf der Suche nach Verwandten, nach Überlebenden und vielleicht nach einem Zuhause.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Bilanz einer grausamen Zeitspanne deutscher Geschichte, zu der wir uns auch heute noch moralisch bekennen, für die wir uns schämen und deren Erinnerung wir zur Mahnung und zum Andenken an die vielen Menschen, die unschuldig gestorben sind, aufrechterhalten müssen.

(Allgemeiner Beifall)

In seiner viel beachteten Rede – auch sie wurde heute hier schon zitiert – vor dem Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 sagte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, es sei nicht nur ein Tag der Niederlage, sondern auch ein Tag der Befreiung gewesen. – Gemeint war damit die Befreiung von uns Deutschen aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er fügte hinzu:

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes.

Auch wenn der 8. Mai 1945, so wie von Richard von Weizsäcker dargestellt, ganz unterschiedliche Erinnerungen hervorruft, war er doch einer der wichtigsten Tage des 20. Jahrhunderts – vielleicht nicht im historischen Sinne einer Epochenwende, wie wir sie 1947/1948 oder später mit der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 erlebt haben. Aber er war in vielfacher Hinsicht eine Zäsur. Er war Untergang und Befreiung. Er war das Ende des Bösen. Er war der Tag der Ungewissheit, der Tag der Hoffnung auf ein besseres Leben ohne Krieg und ohne Leid.

Er war auch der Beginn des Friedens in Europa. Wie nie zuvor haben sich von da an die Völker Europas über sehr viele Jahrzehnte in Frieden die Hände zur Versöhnung gereicht. Trotz des schrecklichen Holocausts, der Deutschland die besondere Verpflichtung gegenüber Israel auferlegt hat, sind wir heute auch mit Israel freundschaftlich, politisch und wirtschaftlich eng verbunden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist dieser 70. Jahrestag des Kriegsendes auch ein Tag des Dankens an diejenigen, die uns die schwere Last und das Leid, das von Deutschland aus über ganz Europa gebracht wurde, verziehen und uns ihre Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der 8. Mai markierte natürlich auch einen Aufbruch für unser Land. Wir haben es unseren klugen Vätern des Grundgesetzes zu verdanken, dass wir verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückgewinnen konnten und aus den einstigen Feinden Freunde wurden. Durch die eher zurückhaltende und auf Wiedergutmachung angelegte deutsche Politik und vor allem durch Konrad Adenauers Leitlinie „Souveränitätsgewinn durch Souveränitätsverzicht“ gelang es langfristig und nicht zuletzt durch die Westbindung, die eigene Souveränität zurückzugewinnen, immer basierend auf den Grundlagen unseres Grundgesetzes: Freiheit, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte.

Herausgetreten aus den Schatten der NS-Vergangenheit, konnte Deutschland in der Folgezeit einige geschichtliche Marksteine auf seinem Konto verbuchen. Der Aufbau des zerbombten Deutschlands, die schwere Zeit der Nachkriegsjahre, das deutsche Wirtschaftswunder, das Überstehen des Kalten Krieges, der Fall der Mauer, das Ende der DDR und schließlich die deutsche Wiedervereinigung, die wir in diesem Jahr zum 25. Mal mit dem Tag der Deutschen Einheit feiern, sind die großen Ereignisse unserer jüngeren Geschichte.

70 Jahre ist das Kriegsende nun her. Ich bin wie die meisten hier – ich sage das bewusst, Herr Grumbach – ein Kind der Nachkriegszeit. Ich habe die Gnade der späten Geburt in einer Zeit weit weg von den Grauen des Krieges und seiner Folgen. Es gibt einige unter uns, die vielleicht noch aus früher Kindheit die Nachkriegszeit in Erinnerung haben. Aber es gibt nur noch wenige Zeitzeugen, die den Krieg und seine Entstehung noch erlebt haben.

Deshalb müssen wir die Zeugnisse dieser nationalsozialistischen Irrwege in Form von Tagebüchern, Bildern, Filmen, Material über die führenden Köpfe des Dritten Reichs, die SS-Massenmorde, über die Opfer in den Konzentrations- und Vernichtungslagern und die Zerstörung weiter Teile Europas in Gedenkstätten immer wieder zugänglich machen und wachhalten. Ziel dieser Gedenkstätten ist es, Verantwortung wahrzunehmen, die Aufarbeitung zu verstärken, das Gedenken zu vertiefen und die Mahnung wachzuhalten.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Richard von Weizsäcker zitieren. Er sagte:

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich und meine Generation wachsen daraus die Aufgabe und die Verantwortung, die Jahrestage des Kriegsendes immer im Bewusstsein zu halten und auch künftigen Generationen diesen dunklen Teil deutscher Geschichte sozusagen als ein moralisches Erbe zu übergeben. Dabei darf nicht nur das Kriegsende als Symbol für Flucht, Vertreibung und Armut stehen.

Vielmehr müssen wir auf die Ursachen der Gewaltherrschaft aufmerksam machen, die mit dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübergabe an Hitler, begann. Am Anfang – Herr Grumbach sagte es bereits – waren es in München, im Hofbräuhaus nur ein paar. Deshalb geht es darum, dass wir verstehen, wie es daraus zu einer solchen Gewaltherrschaft kommen

konnte, die einen ganzen Kontinent, die die ganze Welt in einen grausamen Krieg gestürzt hat. Wir müssen unsere Lehren daraus ziehen, dass es nie mehr so weit kommen darf.

Was sind die richtigen Lehren? Die richtigen Lehren aus Krieg, Völkermord und Tyrannei zu ziehen bedeutet mit Blick auf die vielen aktuellen Krisenherde in der Welt, die moralische Verpflichtung anzuerkennen und den unter Verfolgung, Krieg und Terror leidenden Völkern zur Seite zu stehen. Es bedeutet aber auch, mit dem Blick nach innen, auf das eigene Land jeglicher Form extremistischer und vor allem rechtsextremistischer Auswüchse, von Radikalismus – wir haben heute vor der Mittagspause dem Bericht des Innenministers entnommen, dass es auch bei uns stattfindet –, europafeindlichen Positionen, Protesten und Gewalt gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen entschieden entgegenzutreten.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Heiko Kasseckert (CDU):

Ich komme zum Ende. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Augen nicht verschließen. Die Geschichte lehrt und zwingt uns, aufmerksam und wehrhaft unsere Grundwerte und unsere Demokratie zu verteidigen. Ich erinnere daran: Damals waren es auch nur ein paar. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)



Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte über die Bedeutung des 8. Mai beschäftigt die Bundesrepublik seit Jahrzehnten. Ich bin bei Kollege Grumbach: Bei der Entwicklung dieses Gedenktages hat sich in Deutschland einiges getan. Wenn man sich anschaut, wie die Debatte in den Fünfziger- und Sechzigerjahren geführt worden ist und wo wir heute stehen, stellt man einen grundsätzlichen Unterschied bei der Frage fest, wie wir mit diesem Teil der Geschichte umgehen.

Heute erinnern wir uns an das Ende des Zweiten Weltkriegs, aber wir erinnern uns vor allem auch daran, dass die Befreiung von einer Diktatur für die westliche Welt ein Stück Freiheit war und vor allem das Ende eines menschenverachtenden Regimes, was in seiner Bedeutung heute schwer zu fassen ist.

Das Gedenkzentrum, das in München eröffnet wird, zeigt, wie stark die nationalsozialistische Struktur in der normalen Gesellschaft verankert war. Es zeigt, dass es zur damaligen Zeit nichts Außergewöhnliches war, sondern leider ein Stück Normalität, die von vielen Menschen unterstützt oder geduldet worden ist. Das ist das Perfide an dem damaligen System, dass es von vielen für absolut normal gehalten worden ist.

Aus unserer Sicht geht es – ich glaube, das ist das, was Roman Herzog zu Recht sagt – nicht um eine kollektive Schuld, die wir mit dem 8. Mai behandeln wollen oder über die wir heute reden wollen, sondern es geht darum,

dass wir Verantwortung für Menschlichkeit und für Freiheit übernehmen müssen, und das jeden Tag wieder, jeder Einzelne in diesem Land. Kollege Kasseckert hat gerade aus meiner Sicht zu Recht gesagt: Das ist eine Verpflichtung, die heute noch besteht, die heute eine Verpflichtung für jeden Bürger in diesem Land ist.

Es ist unsere Pflicht, dort nicht wegzuschauen, wo Unrecht geschieht. Es ist unsere Pflicht, Verantwortung zu übernehmen im Rahmen der Zivilcourage, wo Unrecht geschieht, wo Minderheiten bedroht werden. Wenn man sieht, welche großen Gruppen von Menschen zu Zeiten des Nationalsozialismus unter denen waren, die nicht auf gleicher Augenhöhe standen mit den Nationalsozialisten, ob das die Juden waren, politisch Verfolgte, Kriegsgefangene, Homosexuelle, Widerstandskämpfer, Sinti und Roma, alle als Asoziale und Arbeitsscheue Bezeichneten usw., zeigt das, dass die Menschenwürde in diesen Zeiten keine Rolle gespielt hat.

Es ist für uns als Mitglieder des Parlaments unsere Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Menschenwürde das höchste Gut neben den anderen im Grundgesetz verankert ist, für die wir jeden Tag arbeiten müssen, wenn wir hier debattieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Die Kollegen der LINKEN haben einen Antrag gestellt, der das Thema behandelt: Brauchen wir einen neuen Gedenktag? – Ich gebe zu, dass wir als Freie Demokraten relativ vorsichtig sind, immer gleich zu sagen: Es muss ein neuer Gedenktag sein. – Denn dann konzentriert sich häufig sehr viel auf diesen Tag, und das Thema gerät ein bisschen in Vergessenheit.

Mir war das so nicht mehr bekannt. Das sage ich ganz offen. Bei der Recherche zu diesem Thema habe ich erfahren, dass in der DDR der 8. Mai, der Tag der Befreiung, der ein gesetzlicher Feiertag war, vor allen Dingen nicht nur dazu gedient hat, die Frage der Befreiung und das, was mit der Beendigung des Zweiten Weltkriegs verhindert wurde, in den Mittelpunkt zu stellen. Vielmehr ging es vor allen Dingen auch darum, der DDR ein bestimmtes Image zu verleihen, nämlich das des Bollwerks gegen den Nationalsozialismus. Das eigene Regime wurde dabei ein Stück weit nach dem

Motto gerechtfertigt: Wir sind ein Gegenmodell, deshalb ist alles, was in der DDR geschieht, der richtige Weg.

Ich glaube, dass die Art, wie die DDR es gemacht hat, kein angemessener Umgang war. Denn es geht nicht darum, den 8. Mai zu instrumentalisieren oder seine Bedeutung isoliert zu sehen, die damals historisch war. Letztendlich ist das heute auch mit den Werten zu verbinden, die gerade alle Redner, so glaube ich, parteiübergreifend genannt haben. Das ist die Aufgabe dieses besonderen Tages.

Ich glaube deshalb, dass es richtig ist, dass wir von gesellschaftlicher Verantwortung sprechen, dass wir darüber sprechen und dass wir die Arbeit gegen das Vergessen forcieren. Das ist die Aufgabe, die wir haben, ob das der Landtag ist, ob das die Landesregierung ist oder ob das Institutionen wie die Landeszentrale für politische Bildung sind. Denn es geht eben darum, nicht nur einen Tag daraus zu machen, an dem möglicherweise dieses Thema im Vordergrund steht. Die Bedeutung des 8. Mai ist aus meiner Sicht deutlich mehr als ein einzelner Gedenktag. Sie muss immer in die Arbeit der Parlamente und der Demokraten eingebaut werden, wenn es darum geht, dass wir bei diesem Thema weiterhin alles dafür tun, dass die Menschenrechte und die Menschenwürde im Mittelpunkt unserer Debatten stehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir in den letzten Jahren einen Lernprozess durchgemacht haben. So schwer es dem Land fiel, sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg der Verantwortung zu stellen, so sehr auch viele die Angst hatten, diese kollektive Schuld würde ihren eigenen gesellschaftlichen Lebensweg beenden, so sind heute die Situation und die Distanz zu den Ereignissen sicherlich ein Vorteil für uns. Denn wir sind bei dieser Frage nicht mehr persönlich betroffen. Ich glaube aber, dass es niemals darum ging, eine kollektive Schuld zu implementieren. Vielmehr ging es immer darum, aus diesen Ereignissen Lehren zu ziehen.

Ich glaube, viele von uns können von Glück reden, dass wir in dieser Zeit nicht gelebt haben, und zwar unabhängig davon, auf welcher Seite man

gestanden hat. Denn eines ist völlig klar: Das waren Zeiten, die zu den dunkelsten der deutschen Geschichte gehören. Unsere Aufgabe ist es, so etwas nie wieder zuzulassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an einem Punkt eine Bitte äußern. Ich glaube, es ist nicht das erste Mal, dass der Hessische Landtag über den 8. Mai diskutiert. Viele Parlamente in Deutschland tun das. Das ist eine gute und die richtige Aufgabe. Ich glaube, dass es richtig wäre, wenn wir noch einmal gemeinsam den Versuch unternehmen würden, neben den vielen richtigen Initiativen, die heute hier vorgestellt wurden, dazu etwas gemeinsam zu machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, wenn wir so etwas gemeinsam forcieren, machen wir nach außen hin einen besseren Eindruck. Es besteht die Möglichkeit dazu, wenn die Initiativen im Hauptausschuss sind. Darin steht so viel Richtiges und Gemeinsames, dass es möglich sein muss, den Konsens der Demokraten noch einmal zu unterstreichen. Wir würden dann gemeinsam mit einer Botschaft nach außen gehen.

Zu vielen Tagesordnungspunkten wird in diesem Landtag zu Recht sehr heftig gestritten. Das ist die Historie des Hessischen Landtags, die sich, so glaube ich, in den letzten 60 Jahren nicht geändert hat. Das wird wahrscheinlich immer so sein.

Es gibt aber eben auch Punkte, bei denen man Gemeinsamkeit demonstrieren kann. Hinsichtlich der Frage, welche Werte wir Demokraten und Parlamentarier haben, sollten wir auch nach außen demonstrieren, dass wir diese Werte gemeinsam vertreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 8. Mai würde es mit Sicherheit rechtfertigen, dass wir noch einmal einen Versuch unternehmen, zu Gemeinsamem zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Martina Feldmayer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der 8. Mai ist für uns heute unzweifelhaft der Tag der Befreiung, so wie es Richard von Weizsäcker in seiner eindrucksvollen Rede, aus der hier schon vielfach zitiert wurde, dargestellt hat. Die Debatte in der Nachkriegszeit darüber, ob der 8. Mai 1945, das Kriegsende, der Tag der Niederlage oder der Befreiung war, zeugt davon, dass viele, die das Nazisystem und den Krieg gestützt haben, eben nicht blind in die Naziherrschaft oder den Zweiten Weltkrieg hineingestolpert sind. Das zeugt davon, dass sich Hitler mit seinen radikalen Vorstellungen durchsetzen konnte. Viele folgten ihm mit Überzeugung in den Krieg und seiner Doktrin.

Es war nicht nur die SS. Es waren Wehrmachtsangehörige, einfache Arbeiter, Vereinsmitglieder und ganze Berufsstände, die hier mit Überzeugung agierten, die den Krieg wollten und den Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft befürworteten, begünstigten, davon profitierten und ihn engagiert betrieben. Das muss man an dieser Stelle einmal ganz deutlich hervorheben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Judenverfolgung war bei einem Großteil der nicht jüdischen Deutschen Normalität, wie auch Herr Rentsch sagte. Das war spätestens nach dem

9. November 1938 klar, als 276 Synagogen niedergebrannt, 7.500 jüdische Geschäfte zerstört und mindestens 91 Juden ermordet wurden. Es war zur Normalität geworden, dass Juden verfolgt und diskriminiert wurden. Es gab zwar auch kritische Stimmen, aber es gab insgesamt zu wenig Widerstand in der Gesellschaft. Da muss man es umso mehr honorieren und herausstellen, dass diejenigen, die sich Hitler in den Weg gestellt haben – der Widerstand –, ganz wichtig waren. Das ist sehr mutig gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wenn wir uns heute, 70 Jahre nach Kriegsende, erinnern, ist klar, dass der 8. Mai 1945 für uns der Tag der Befreiung ist. Davor wurden sechs Millionen Juden ermordet. Sinti und Roma wurden verfolgt und ermordet. Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen wurden gequält und ermordet. Das betraf politisch Andersdenkende und alle, die irgendwie nicht ins System gepasst haben. Für diese Menschen gab es keine Befreiung.

Wir fragen uns immer wieder: Warum und wie konnte das geschehen? – Es gibt dazu unzählig viele wissenschaftliche Arbeiten. Es gibt die Zeitzeugen, denen wir unendlich dankbar sein müssen. Wir reden heute so selbstverständlich von den Zeitzeugen. Dazu muss man auch noch einmal herausstellen, dass es in den letzten Jahrzehnten nicht selbstverständlich war, dass diese Zeitzeugen in die Schulen gehen konnten. Teilweise wurden die Zeitzeugen angefeindet. Es ist auch erst seit einigen Jahren üblich, dass Sinti und Roma als Zeitzeugen in die Schulen gehen. Dagegen gab es einen großen Widerstand in der Gesellschaft.

Deswegen müssen wir noch einmal herausstellen, dass der Mut und der Wille der Zeitzeugen, aufzuklären, sehr wertvoll sind. Denn wir brauchen die Zeitzeugen und die Zeitzeugengespräche. Wir brauchen die Aufarbeitung, damit so etwas nie wieder geschehen kann.

(Allgemeiner Beifall)

Ich finde es schon erstaunlich, dass erst jetzt, 70 Jahre nach Kriegsende, an der Goethe-Universität eine ordentliche Professur für Holocaustforschung

eingerrichtet werden soll. Das ist natürlich gut und richtig. Ich bin Wissenschaftsminister Boris Rhein dafür dankbar, dass er sofort die Finanzierung zugesagt hat, als das im Gespräch war. Trotzdem war ich erstaunt, dass es so etwas in Hessen bisher nicht gab.

Wir stellen heute fest, wir wissen noch immer zu wenig – zu wenig darüber, warum ganze Gruppen, Vereine, Berufsstände die Nazidoktrin willig aufnahmen. Wir wissen zwar viel über die Opfer, aber wir wissen noch immer zu wenig über die Täter und deren Motive. Aber wir müssen erfahren, welche Motivation dahintergesteckt hat, damit unsere Demokratie wehrhaft ist und bleibt.

(Allgemeiner Beifall)

Vieles kommt erst jetzt ans Licht. Als verantwortliche Politikerinnen und Politiker haben wir hier in Hessen die Pflicht, die Aufklärung weiter voranzutreiben und einzufordern. Erst im vorigen Jahr wurden die Ergebnisse der Historikerkommission des Hessischen Landtags veröffentlicht, und erst vor einer Woche wurden die Zwischenergebnisse einer Studie von Forschern um Benno Hafeneeger zur Rolle der hessischen Ärzteschaft im Nationalsozialismus veröffentlicht. Es ist gut, dass auch das geschehen ist – nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Es ist gut. Aber es ist doch erstaunlich, dass dies erst jetzt geschieht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das kann aber eine Anregung für andere sein. Andere Verbände sollten sich den hessischen Ärzten anschließen und Aufklärung betreiben, um die Systematik zu verstehen und vor allem um vorzubeugen, damit Rassismus und Unmenschlichkeit in dieser Gesellschaft keine Chance mehr haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Arbeit hört nie auf. Es gibt keinen Schlusstrich. Allen Rufen nach einem Schlusstrich müssen wir gemeinsam entgegenreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU und der LINKEN)

Sei es in wissenschaftlichen Debatten, sei es am Stammtisch: Jeder muss den Mund aufmachen, wenn solche Forderungen laut werden. Denn sonst setzen wir das Unrecht, diese Unmenschlichkeit fort.

70 Jahre nach Kriegsende gedenken wir aller Menschen, die in diesem barbarischen Krieg, der von Deutschland ausging, getötet wurden. In den Jahren 1939 bis 1945 wurden 65 Millionen Menschen getötet, unzählige wurden verstümmelt oder heimatlos. Gerade auch deswegen, weil es bei den Deutschen so viele Flüchtlingsbiografien gibt, müssen wir den Menschen, die heute auf der Flucht sind, hier in Deutschland, hier in Hessen helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der LINKEN sowie des Abg. René Rock (FDP))

Wie Richard von Weizsäcker sagte, können wir den 8. Mai 1945, das Kriegsende, nicht denken ohne den 30. Januar 1933, als Hitler an die Macht kam: Ursache und Wirkung. Wenn die Bilder der schrecklichen Bombennächte in Dresden oder Frankfurt von rechts instrumentalisiert werden, dann müssen wir uns dem entgegenstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir Deutschen, wir Hessen sind dankbar, dass uns die Nationen, an denen von Deutschen schlimmste Kriegsverbrechen verübt wurden, wieder die Hand zur Versöhnung gereicht haben. In unserer Partnerregion Emilia-Romagna wurden nach Quellenangaben über 1.000 Menschen von SS- und Wehrmachtsangehörigen ermordet – und trotzdem ist das unsere Partnerregion, in der wir ausgesprochen herzlich und willkommen aufgenommen werden. Das muss man an dieser Stelle nochmals dankbar zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Lisa Gnagl (SPD))

Bei den Vorbereitungen zu dieser Rede hat mich die Frage beschäftigt – wie auch Herrn Rentsch –: Wie schaffen wir es alle zusammen, hier im Landtag bei solchen historisch wichtigen Gedenktagen ein würdiges Gedenken, einen würdigen Rahmen zu schaffen? Denn Debatten über Anträge bergen immer die Gefahr, sich in politischen Streitereien zu verheddern und zu verzetteln. Ich könnte mir vorstellen und würde das für unsere Fraktion auch sehr begrüßen, wenn wir hierzu im Konsens einen Rahmen finden würden. Möglicherweise schaffen wir es ja, uns an diesen Tagen externe Rednerinnen und Redner einzuladen. Nicht, dass Sie denken, wir möchten dazu keine Anträge formulieren und darüber abstimmen – aber vielleicht hilft uns das etwas besser, diese wichtigen Gedenktage hier gemeinsam zu begehen, ohne uns dabei im Parteienstreit zu verzetteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der LINKEN und der FDP)

**Volker Bouffier,
Hessischer Ministerpräsident:**



Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der bevorstehende 70. Jahrestag der deutschen Kapitulation, des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, ist Gegenstand vielfältiger Erörterungen, Diskussionen und Veranstaltungen. Ich begrüße das sehr; denn das gibt uns gemeinsam die Gelegenheit, uns darauf zu besinnen, was dieses Datum für uns heute und in Zukunft bedeuten kann.

Deshalb begrüße ich auch die Debatte, die wir hier im Hessischen Landtag führen, und darf für die Landesregierung ausdrücklich die Zustimmung sowohl zu dem Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie auch zu dem der SPD hier bekunden.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es sehr deutlich gemacht: Die Bewertung des 8. Mai und seiner Bedeutung für unser Land ist in den zurückliegenden 70 Jahren höchst vielfältig und nicht selten gegensätzlich ausgefallen. Der zu Recht so vielfach zitierte verstorbene Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hat vor 30 Jahren in seiner berühmten Rede die Empfindungen der Erlebnisgeneration beschrieben. Im Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das ausführlich zitiert, und Kollege Kasseckert hat das in der Debatte heute nochmals erwähnt.

Es stimmt, die Erlebnisgeneration hat häufig einen anderen Blick auf diesen Tag gehabt, als wir ihn heute haben. Aus dieser Erlebnisgeneration sind nur

noch wenige Menschen unter uns. Wir hier im Hessischen Landtag haben einen Kollegen, der es damals erlebt hat. Der Alterspräsident dieses Hauses, der Kollege Horst Klee, war damals gut fünf Jahre alt. Man wird für ihn und für viele andere das sagen können, was Richard von Weizsäcker in seiner Rede beschrieben hat: Sie waren zunächst einmal einfach froh, dass die Bombennächte vorbei waren, die Angst vorüber war, dass er und sein kleiner Bruder, seine Mutter und die Großeltern dieses Inferno überlebt hatten.

Der deutsche Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll formulierte zu diesem Thema einmal:

Der Krieg wird niemals zu Ende sein, solange noch eine Wunde blutet, die er geschlagen hat.

Unendlich viele Wunden sind durch diesen Krieg geschlagen worden, Wunden, die bis heute nicht verheilt sind, Wunden, die uns mahnen und verpflichten. Sie verpflichten uns, der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken, und sie mahnen uns, aktiv für Frieden, Völkerverständigung, Weltoffenheit und Toleranz einzutreten, wie dies auch im SPD-Antrag besonders hervorgehoben wird.

Meine Damen und Herren, wiederholt ist zu Recht darauf hingewiesen worden: Der 8. Mai 1945 kann ohne den 30. Januar 1933, den sogenannten Tag der Machtergreifung der Nazis, nicht verstanden werden. Der 30. Januar 1933 war der Beginn und der 8. Mai 1945 war der Endpunkt einer menschenverachtenden Diktatur, der Millionen Menschen zum Opfer fielen und die im systematischen Völkermord einen absoluten Tiefpunkt in der Geschichte unseres Landes erreichte.

Meine Damen und Herren, deshalb auch für die Landesregierung: Dieses Geschehen ist einzigartig. Weil es einzigartig ist, gebietet es auch 70 Jahre danach, dass wir keinen Schlussstrich ziehen und dass wir dieses Geschehen auch nicht relativieren.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Im Gegenteil, das verpflichtet uns, eine aktive Erinnerung an die Opfer zu wahren. Gerade aus hessischer Sicht will ich darauf hinweisen, wie wichtig Gedenkstätten sind, z. B. bei uns in Hadamar. Dort wurden Tausende von Menschen Opfer planmäßiger Vernichtung.

Ich will darauf hinweisen, wie wichtig und wertvoll die Arbeit der Heimat- und Geschichtsvereine und der Kriegsgräberfürsorge für uns ist – damit wir uns erinnern, damit wir Lehren ziehen, damit wir der Opfer gedenken und ihnen Respekt erweisen. Aber wir müssen uns eben auch der eigenen Geschichte stellen, uns damit auseinandersetzen und so die Voraussetzung für gelingende Zukunft schaffen.

Das hat in Deutschland lange gedauert und aus heutiger Sicht – ich glaube, da spreche ich für viele – häufig auch zu lange. Es ist mir deshalb wichtig, gerade heute daran zu erinnern, dass Hessen einen besonderen Beitrag für diese Auseinandersetzung geleistet hat. Es war der hessische Generalstaatsanwalt Bauer, der gegen mannigfaltigen Widerstand Anfang der Sechzigerjahre zunächst mit einigen wenigen durchgesetzt hat, dass wir in Frankfurt am Main diese sogenannten Auschwitz-Prozesse hatten. Es war das erste Mal, dass in Deutschland das Ausmaß des Grauens, aber auch die Verantwortung für dieses Grauen dem ganzen Volk und einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt wurden. Ich möchte deshalb heute ausdrücklich sagen, auch viele Jahre danach: Diese ganz außergewöhnliche Leistung verdient auch heute nicht nur, dass wir daran erinnern, sondern auch heute unseren Respekt und unseren Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, der 8. Mai verpflichtet uns aber nicht nur, der Opfer der Naziherrschaft im In- und Ausland zu gedenken. Er verpflichtet uns auch – da sind wir uns einig, das haben alle gesagt –, entschieden für Frieden, Freiheit und Demokratie einzutreten. Er verpflichtet uns, den Anfängen zu wehren, immer wieder deutlich zu machen, dass in Hessen kein Platz ist für diejenigen, die diese Demokratie bekämpfen, Menschenrechte missachten. Das gilt für alle Extremisten, welcher Art auch immer, und es muss besonders gelten für diejenigen, die als Ewiggestrige oder neue Anhänger

des nationalsozialistischen Ungeistes ihr Unwesen treiben. Im Gegenteil, diesem Treiben muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates, aber auch mit den Mitteln der gesamtgesellschaftlichen Ächtung entschieden entgegengetreten werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Der 8. Mai ist aber nicht nur ein Datum der Erinnerung und der Mahnung, er ist auch ein Datum der Hoffnung, der Ermutigung und sogar der Freude. Mit dem größeren Abstand zum Kriegsende ist die Feststellung des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung war, immer klarer hervorgetreten. Die Befreiung von der Nazidiktatur war die Grundlage für ein neues und demokratisches Deutschland und sie war die Grundlage für die Rückkehr unseres Landes in den Kreis der zivilisierten Völker.

Diese Befreiung ist uns nicht selbst gelungen, sondern, wie z. B. Thomas Mann in seinen Briefen im Juli 1945 schrieb – ich zitiere –: Sie, die Deutschen, „mussten durch äußere Mächte zur Menschheit zurückgeführt werden“. Es ist deshalb heute auch Anlass, diesen äußeren Mächten, die häufig unter allergrößten Opfern uns von dieser Nazidiktatur befreiten, unseren Dank zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, unser Hessen ist durch die Amerikaner gegründet worden. Der Dank, den ich aussprechen möchte, gilt den Alliierten: den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Und auch das müssen wir erwähnen: Es stimmt, die Sowjetunion hat Deutschland von den Nazis befreit und unendliches Leid durch die Nazidiktatur erfahren und millionenfache Opfer zu beklagen. Auch das gehört zu diesem Tag.

(Allgemeiner Beifall)

Es stimmt aber auch, dass in dem Teil Deutschlands, den die Sowjetunion besetzte, nicht Demokratie und Freiheit, sondern der Übergang von der ei-

nen Diktatur in die andere folgte. Demokratie, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte erfüllten sich deshalb für die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR erst mit dem Fall der Mauer und dann mit dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990.

Den Alliierten ging es damals – nur insoweit will ich, Herr Dr. Wilken, auf Ihre Rede eingehen – natürlich zunächst darum, auf jeden Fall zu verhindern, dass von Deutschland jemals wieder ein Krieg entfacht werden könnte. Und wenn wir uns über nichts einig sind: Darüber sind wir uns auf jeden Fall einig, dass unser ganzes Tun und Trachten in vornehmster Weise dafür zu sorgen hat, dass von diesem Land kein Krieg mehr ausgeht.

(Allgemeiner Beifall)

Die Alliierten legten allerdings auch den Grundstein für eine erfolgreiche und funktionierende Demokratie. Die auferlegte föderale Ordnung, der wir z.B. auch unsere Arbeit, dieses Parlament hier verdanken, erwies sich ebenso als Glücksfall wie das marktwirtschaftliche und das sozialstaatliche Prinzip. Deshalb dürfen wir heute mit großer Dankbarkeit feststellen, dass wir heute als vereinte Nation in einer europäischen Gemeinschaft zu den friedlichsten, freiheitlichsten und erfolgreichsten Völkern der Welt zählen. Gerade weil das so ist, sind wir mehr als andere verpflichtet, dies nicht als Selbstverständlichkeit anzusehen oder mit Gleichgültigkeit hinzunehmen, sondern für Demokratie, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte einzustehen – im eigenen Land und überall dort, wo diese Rechte den Menschen nach wie vor verweigert werden.

Der 8. Mai ist deshalb ein Tag des Erinnerns und des Gedenkens an die Opfer, ein Tag der Verpflichtung, für Frieden, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte mutig einzutreten. Der 8. Mai ist auch ein herausragendes Beispiel für die Hoffnung, dass überall dort, wo Menschen auch heute noch unter Diktatur, Verfolgung, Vertreibung und Krieg leiden, dieses Leid überwunden und eine bessere und vor allen Dingen friedlichere Welt erwachsen kann.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich zum Schluss dieses notwendigerweise der Zeit geschuldet kurzen Beitrags Folgendes festhalten: Die

Bedeutung des 8. Mai hat viele Facetten. Nach meinem Verständnis könnte er uns auch heute eine Grundbotschaft für eine gemeinsame Zukunft vermitteln. Der 8. Mai verlangt eine Haltung, die unser Tun gemeinsam bestimmen sollte. Es geht um Respekt, es geht um Toleranz, und es geht um Zivilcourage, und das nicht nur am 8. Mai, sondern jeden Tag und immer wieder aufs Neue. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich bei allen Rednern für diese Debatte und schließe sie.

Wir sind uns einig, dass wir dem Vorschlag folgen, dass alle Anträge in den entsprechenden Ausschuss gehen. – Dann ist das somit beschlossen. Dann gehen alle Anträge in den Hauptausschuss.



19. Wahlperiode
HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/1854
21.04.2015
Plenum

Antrag

der Fraktion DIE LINKE
betreffend 8. Mai - Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der 8. Mai 1945 war für Millionen Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht. „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, erklärte Altbundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.
2. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit keine Zeitzeugen der NS-Vergangenheit mehr berichten können, ist die Etablierung eines gesellschaftspolitische Diskussionen anregenden Gedenktages von besonderer Bedeutung. Ein Datum von so herausragender historischer Bedeutung sollte angemessen gewürdigt werden. Der bevorstehende 70. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2015 ist ein geeigneter Anlass, diesen Tag zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären und damit dem Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns zu folgen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um - dem Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns folgend - dem 8. Mai, an dem im Jahr 1945 auch die Befreiung der deutschen Bevölkerung von der Nazidiktatur erfolgte, als Tag der Befreiung den Status eines gesetzlichen Gedenktages zu verleihen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen



19. Wahlperiode
HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/1862
21.04.2015
Plenum

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD
betreffend 70 Jahre Kriegsende - Gedenken und Mahnung

Der Landtag wolle beschließen:

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedenkt der Hessische Landtag der Opfer und mahnt zu Frieden und Völkerverständigung, zu Weltoffenheit und Toleranz.

Der Hessische Landtag bekräftigt seinen Willen, die Erinnerung an die Opfer wach zu halten. Aus deutscher Schuld resultiert eine besondere Verantwortung, für die Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte, für Demokratie, Frieden und Freiheit einzutreten.

Mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 wurde der Krieg in Europa beendet und die grauenhafte, menschenverachtende Diktatur des Nationalsozialismus überwunden. Der 8. Mai 1945 war, wie es Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 formuliert hat, ein Tag der Befreiung.

Der Hessische Landtag gedenkt der mehr als 60 Millionen Menschen, die als Zivilisten getötet wurden, die als Soldaten gefallen sind, die in Konzentrationslagern ermordet wurden, die Opfer unvorstellbarer Kriegsverbrechen wurden und die an Hunger, Kälte, Gewalt oder auf der Flucht gestorben sind.

Der Hessische Landtag gedenkt der rund sechs Millionen ermordeten Juden. Dieser systematische Völkermord, der zum Ziel hatte, das europäische Judentum auszulöschen, ist ein einzigartiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das uns bis heute mit Scham und Trauer erfüllt.

Der Hessische Landtag gedenkt der Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, politisch Andersdenkenden und Homosexuellen, die verfolgt und getötet wurden.

Der Hessische Landtag gedenkt der Widerstandskämpfer und Deserteure, die sich der Gewaltherrschaft unter Einsatz ihres Lebens entgegengestellt oder entzogen haben.

Der Hessische Landtag gedenkt der Opfer der Zivilbevölkerung in allen beteiligten Staaten, besonders der Menschen in Polen und der Sowjetunion, die unter der brutalen deutschen Besatzung besonders zu leiden hatten.

Der Hessische Landtag gedenkt der Menschen, die infolge des von Deutschland begonnenen Krieges vertrieben wurden.

Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 die notwendige Voraussetzung war, um in Deutschland eine freiheitliche Demokratie zu begründen und die Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft zu ermöglichen.

Der Hessische Landtag dankt allen Nationen, die Deutschland nach dem Krieg die Hand gereicht haben und trotz des unermesslichen Leids, das Deutschland verursacht hat, zur Versöhnung bereit gewesen sind.

Der Hessische Landtag bekennt sich zur historischen Schuld und zur historischen Verantwortung Deutschlands. Daraus folgt insbesondere eine aktive Kultur der Erinnerung, um das Gedenken an die Opfer zu wahren, um den Anfängen zu wehren und die besondere Verantwortung Deutschlands an künftige Generationen zu vermitteln. Die Einzigartigkeit der deutschen Schuld erlaubt kein Vergessen, keinen Schlussstrich und keine Relativierung.

Der Hessische Landtag sieht den 8. Mai als Mahnung, für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung und ganz besonders für den Schutz von Minderheiten einzutreten. Humanität und Menschenwürde sind die unverrückbaren Fundamente seines politischen Handelns.

Wiesbaden, 21. April 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel



19. Wahlperiode
HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/1908

29.04.2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai mahnt zu dauerhafter Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in einem friedlich geeinten Europa

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag gedenkt anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai 1945 der Opfer von Krieg und Gewalt, von Inhumanität und Diktatur, von Flucht und Vertreibung und des unermesslichen Leidens, das der nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungskrieg über die Völker Europas und schließlich auch über uns Deutsche brachte. In den Jahren von 1939 bis 1945 wurden mehr als 65 Mio. Menschen getötet. Der von Deutschland mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begonnene Angriffskrieg und die Unterdrückung und Ausbeutung der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete mündeten in die darauf folgenden Schrecken von Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung. Unzählige Menschen wurden verwundet, verstümmelt und trugen unheilbare seelische und körperliche Narben davon. Die Befreiung Deutschlands und der von ihm besetzten Länder von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch die alliierten Truppen erfüllt uns mit Dankbarkeit.
2. Der Landtag nimmt den 8. Mai zum Anlass, erneut der 6 Mio. Opfer des Holocausts zu gedenken. In deutschem Namen wurden ganze Bevölkerungsgruppen zunächst systematisch entrechtet und später ermordet. Das unermessliche Leid der verfolgten Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma, der Andersdenkenden und der Behinderten in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern bleibt auch an diesem Tag eine fortwährende Mahnung an Toleranz und Mitmenschlichkeit. Das Gedenken an die Opfer und der absehbare Verlust der Zeitzeugen unterstreichen dabei die fortwährende Pflicht zu einer verantwortungsvollen Erinnerungskultur, welche die Bedingungen und Folgen von Totalitarismus und Diktatur im kollektiven Gedächtnis verankert und dadurch einer geschichtlichen Wiederkehr entgegentritt.

3. Der 8. Mai erinnert uns daher auch sieben Jahrzehnte später daran, dass die Wahrung des Friedens und der Menschenrechte keine geschichtlich folgerichtige Selbstverständlichkeit darstellt, sondern allen Generationen dauerhaft neue und entschlossene Anstrengungen zur Verteidigung der moralischen Werte unserer Zivilisation abverlangt.
4. Der Landtag würdigt in diesem Zusammenhang die Widerstandskämpfer der verschiedenen europäischen Länder, innerhalb Deutschlands und insbesondere in Hessen. Durch ihren beispiellosen und wagemutigen Einsatz konnten Verfolgte gerettet und in Sicherheit gebracht werden. Dieser Sieg des Gewissens über den geforderten Gehorsam stellte den Anfang der Neuordnung Deutschlands nach den Prinzipien der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit dar.
5. Wie der verstorbene ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker es in seiner Rede zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 sagte: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang. [...] Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Diese Aussage besitzt nach Ansicht des Landtags weiterhin Gültigkeit.
6. Der Landtag erkennt im 8. Mai 1945 nicht nur einen Tag des Gedenkens, des Erinerns und des Trauerns, sondern auch einen Tag der Chancen, der Zukunft und der Zuversicht. Auf den Trümmern der nationalsozialistischen Diktatur wurde nur wenige Jahre nach Kriegsende am 23. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und auf dem Fundament der konstitutionell verbrieften Grundrechte und einer föderalen Staatsordnung mit der Zweiten Republik die langlebigste Friedensordnung der neueren deutschen Geschichte errichtet. Die Überwindung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Wiederherstellung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedeuteten eine Zäsur in der deutschen Geschichte und ließen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die zumeist wechselhafte

und unstete Vergangenheit hinter sich. An ihre Stelle trat - zunächst nur im westlichen Teil Deutschlands - eine Stabilitäts- und Erfolgsgeschichte, die aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik und des für Krieg und Schoah verantwortlichen Nationalsozialismus heraus eine wehrhafte Demokratie begründete und die Ächtung von Extremismus und Gewalt fortan als kategorischen Imperativ der Bundesrepublik definierte. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die Errungenschaften der freiheitlich-parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft auch den Menschen in den neuen Bundesländern zuteil.

7. Der Landtag würdigt anlässlich des Europatags am 9. Mai die Rolle der Europäischen Union und ihrer Vorläuferinstitutionen bei der Bewältigung der Folgen des Krieges und der Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa. Fünf Jahre und einen Tag nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 in einer Regierungserklärung die Grundzüge einer Europäischen Gemeinschaft skizziert. Die europäischen Nationen, die sich teilweise Jahrhunderte lang als erbitterte Feinde gegenüberstanden hatten, haben aus den Gräueln zweier Weltkriege die so dringend erforderlichen Lehren gezogen und ihre Bereitschaft und Entschlossenheit zu einer dauerhaften Überwindung der wiederkehrenden Gewaltspiralen und kriegerischen Auseinandersetzungen unter Beweis gestellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. April 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taanus)

Die Anträge wurden in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.06.2015 mit folgendem Ergebnis beraten:

Drucks. 19/1854, Antrag der Fraktion DIE LINKE

Beschluss: Ablehnung (Beschlussempfehlung Drucks. 19/2059)

Drucks. 19/1862, Entschließungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss: Annahme (Beschlussempfehlung Drucks. 19/2060)

Drucks. 19/1908, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschluss: Annahme (Beschlussempfehlung Drucks. 19/2061)

Die abschließende Beratung der Beschlussempfehlungen erfolgte in der 49. Plenarsitzung am 24.06.2015.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 61:

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend 8. Mai – Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden – Drucks. 19/2059 zu Drucks. 19/1854 –

Wer ist dafür? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP. Wer ist dagegen? – DIE LINKE. Wer enthält sich? – SPD. Damit mehrheitlich beschlossen.

Tagesordnungspunkt 62:

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend 70 Jahre Kriegsende – Gedenken und Mahnung – Drucks. 19/2060 zu Drucks. 19/1862 –

Wer ist dafür? – Das ganze Haus. Dagegen demnach keiner. Einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 63:

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai mahnt zu dauerhafter Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in einem friedlich geeinten Europa – Drucks. 19/2061 zu Drucks. 19/1908 –

Wer ist dafür? – CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

(Auszug aus dem Protokoll der 49. Plenarsitzung am 24.06.2015)

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

Heft 1 · Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am 17. November 2001
Wiesbaden 2002

Heft 2 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar
2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006

Heft 3 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar
2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener Rathauses
Wiesbaden 2006

Heft 4 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 26. Januar
2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006

Heft 5 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar
2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008

Heft 6 · Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende“ am
12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008

Heft 7 · Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen Jubiläum des
Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai 2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008

Heft 8 · Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar
2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus Anlass des 70. Jahrestages der
Reichspogromnacht am 10. November 2008
Wiesbaden 2010

Heft 9 · Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verab-
scheidung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen
Landtags und Einweihung des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010

Heft 10 · 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn
der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am
18. September 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 11 · 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsveranstaltung mit
Prof. Dr. Eckart Conze am 10. November 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 12 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009 an Dekha Ibrahim Abdi
Wiesbaden 2010

Heft 13 · Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre. Öffentliche
Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit am 29. Oktober 2009
Wiesbaden 2011

Heft 14 · 50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den Evange-
lischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags und der Evangelischen
Kirchen am 28. Juni 2010
Wiesbaden 2011

Heft 15 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010 an Ismail Khatib
Wiesbaden 2011

Heft 16 · 20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde am 28. September 2010
Wiesbaden 2011

Heft 17 · Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkveranstaltung und
Ausstellungseröffnung am 16. August 2011 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2011

Heft 18 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011 an Sadako Ogata
Wiesbaden 2011

Heft 19 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung
der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ am 27. Januar 2012 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2012

Heft 20 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2012 an Elisabeth Decrey Warner
Wiesbaden 2012

Heft 21 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2013 an Imam Dr. Muhammad
Ashafa und Pastor Dr. James Wuye
Wiesbaden 2013

Heft 22 · Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht „Alles Blut
aus meinem Herzen“ am 9. November 2013 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2013

Heft 23 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung
der Ausstellung „Der Weg nach Auschwitz“
Wiesbaden 2014

Heft 24 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2014 an Rubem César Fernandes
Wiesbaden 2014

Heft 25 · Vortragsreihe Krieg und Frieden in Europa - Vom Beginn des Ersten und des
Zweiten Weltkrieges zur Europäischen Einigung von Prof. Dr. Herfried Münkler
Wiesbaden 2015

Heft 26 · 25 Jahre Beschluss des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen / Schülerseminar
25 Jahre Deutsche Einheit
Wiesbaden 2015

Heft 27 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2015 an Ella Mikhaylovna
Polyakova
Wiesbaden 2015



HESSISCHER
LANDTAG

ISBN: 978-3-923150-60-1

Schriften des Hessischen Landtags
Heft 28